

## **EU-Fiskalpakt: Strangulierung von Wirtschaft und Sozialstaat**

Die Umsetzung des Fiskalpakts wäre der finale Schritt ans Ende jener Sackgasse, in welche die EU vor 20 Jahren mit den Maastricht-Kriterien eingebogen ist. Die „automatisierte“ und kollektive Sparpolitik wird die Wirtschaft in eine langjährige Krise führen und das Europäische Sozialmodell scheinbarweise demontieren.

All das war und ist gut gemeint: Der Staat müsse endlich seine Verschuldung begrenzen. Da die Maastricht-Kriterien nicht ausreichten, verschärft der Fiskalpakt den Sparzwang durch folgende Regeln:

- Jeder Vertragsstaat darf nur mehr ein strukturelles (konjunkturbereinigtes) Defizit von maximal 0,5% des BIP aufweisen (Defizitkriterium).
- Jedes Jahr muss die Staatsschuld um ein Zwanzigstel der Differenz zwischen der aktuellen Schuldenquote und dem Zielwert von 60% reduziert werden (Schuldenkriterium).
- Stellt die EU-Kommission eine nachhaltige Verletzung dieser Regeln fest, wird der Staat automatisch sanktioniert.

### **Wie der Fiskalpakt wirken wird**

Der Fiskalpakt impliziert: Der Staat kann seine Finanzlage eigenständig bestimmen, daher gilt „Der Schuldner ist schuld“. Dieser „common (non)sense“ entspricht der ökonomischen Weltanschauung der frühen 1930er Jahre. Auch damals dominierte jene Theorie, wonach freie Märkte zu einem allgemeinen Gleichgewicht streben, der Staat sich aus der Wirtschaft heraushalten sowie ein Nulldefizit aufweisen müsse, und Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkungen zu bekämpfen sei.

Die Politik orientierte sich an diesen Empfehlungen der Ökonomen und führte die Wirtschaft in die Depression. Deren Aufarbeitung – insbesondere durch Keynes – erbrachte die Einsicht: Die Finanzierungssalden aller Sektoren verhalten sich wie kommunizierende Gefäße. Daher kann ein Sektor (Staat) sein Defizit nur dann ohne Schaden für die Gesamtwirtschaft senken, wenn er (davor) Sorge trägt, dass der Unternehmenssektor sein Defizit ausweitet und/oder die Haushalte ihre Überschüsse senken (bzw. wenn immer höhere Überschüsse in der Leistungsbilanz erzielt werden, dann hat das Ausland das Defizit zu tragen – der deutsche Weg der letzten 12 Jahre). Werden diese systemischen Restriktionen ignoriert, so vertieft die Symptomkur des Sparens die Krise.

Jüngstes Beispiel: Der Weg Griechenlands in eine Depression. Staat und Wirtschaft weisen seit langem schwere Mängel auf, doch die schwersten Schäden richtete jene Sparpolitik an, welcher die EU zur Bedingung für Finanzhilfe machte (nachdem der freie Markt die Zinsen in unfinanzierbare Höhen getrieben hatte): Staat, Unternehmen und Haushalte versuchten, ihre Lage durch Sparen zu verbessern, und bewirkten damit genau das Gegenteil. Das BIP schrumpfte Jahr für Jahr und dies katapultierte die Staatsschuldenquote in die Höhe (das BIP steht im Nenner).

In der Folge wurden Portugal, Spanien und Italien auf den gleichen Weg geschickt. Mit dem Fiskalpakt wird er für 25 EU-Staaten verewigt. Und so funktioniert der Pakt, dargestellt am Beispiel von Spanien.

Auf Grund des Defizitkriteriums muss Spanien bei schrumpfender Wirtschaft sein Defizit von 8,5% des BIP auf 3% des BIP senken (Vorgabe der EU). Dies beschleunigt die Talfahrt, bei sinkenden Löhnen und Preisen schrumpft das nominelle BIP innerhalb von 2 bis 3 Jahren um weitere 10%.

Wenn das Gesamtdefizit tatsächlich auf 3% sinkt, ist (in diesem Fall) die Defizitregel erfüllt, nach EU-Berechnung wäre das strukturelle Defizit dann kleiner als 0,5%. Denn dieses wird so bestimmt: Zunächst schätzt man den „Potentialoutput“, also jenes Produktionsvolumen, bei dem alle Kapazitäten ausgelastet sind (Vollbeschäftigung). Die Differenz zwischen tatsächlichem und potentielltem BIP ist die „Outputlücke“. Die Hälfte davon gilt nach EU-Verfahren als das konjunkturell bedingte Defizit. Zieht man vom Gesamtdefizit dieses „erlaubte“ Defizit ab, erhält man das strukturelle Defizit.

Konkret: Wenn das spanische BIP um 10% schrumpft, wird die EU-Kommission die Outputlücke auf zumindest 6% schätzen, das konjunkturbedingte Defizit (tatsächlich durch die Sparpolitik selbst verursacht!) somit auf 3%, bei einem Gesamtdefizit von 3% läge der strukturelle Saldo bei 0% (also unter 0,5%).

Damit wird offenkundig: Mit ihrem Schätzverfahren von Potentialoutput und der durch die „Konjunktur“ verursachten Defizitkomponente *bestimmt die EU-Kommission den fiskalpolitischen Spielraum der Mitgliedsstaaten*, Experten übernehmen de facto die Budgethoheit. Gleichzeitig ist ihr *Schätzverfahren verzerrt* zugunsten von striktem Sparen im Sinne von „mehr Markt, weniger Staat“ (dazu später).

Einschub: Nicht-Ökonomen müssen die Grundzüge des Denkens der Mainstream-Ökonomen nachvollziehen (diese sitzen an allen Schaltstellen der Politik), sonst können sie deren Urteile über Gut und Böse nicht bewerten. Eine öffentliche Debatte wird dann unmöglich, statt Demokratie macht sich „Expertokratie“ breit. Daher müssen Begriffe wie Potentialoutput oder strukturelles Defizit und deren Handhabung verständlich gemacht werden. Hätten die Regierungschefs verstanden, wie die neue Zielgröße, das strukturelle Defizit geschätzt wird, wie ungesichert und verzerrt die Schätzverfahren sind und welche Gestaltungsmacht daher den Mainstream-Ökonomen durch den Fiskalpakt gegeben wird, sie hätten ihn nicht unterschrieben. So aber verließen sie sich auf die Experten der EU-Kommission und die versicherten ihnen, dass alles in Ordnung sei.

Hat Spanien das Defizitkriterium endlich erfüllt, entfaltet das Schuldenkriterium seine Wirkung. Bei schrumpfender Wirtschaft ist die Staatsschuldenquote von 70% auf fast 90% gestiegen. Nach dem Schuldenkriterium muss Spanien jetzt 20 Jahre lang Jahr 1,5% des BIP einsparen (1/20el von 90% minus 60%).....

Fazit: Die „Verzahnung“ von Defizit- und Schuldenregel im Fiskalpakt verordnet (fast) allen EU-Ländern den „griechischen Weg“ in die Depression. Sparmaßnahmen reduzieren zwar das Defizit, aber gleichzeitig das BIP, die Staatsschuldenquote steigt, und das erzwingt ein (nahezu) permanentes Sparen. Der europäische Sozialstaat wird so konsequent stranguliert. Das hat der EZB-Chef Draghi richtig erkannt. Beispiel Italien: Die Staatsschuldenquote beträgt 120%, Italien müsste also 20 Jahre lang 3% des BIP einsparen, Jahr für Jahr.....

Im Gegensatz zur Defizitregel ist es für die Schuldenregel *belanglos*, wie die Staatsschuld entstand. Selbst wenn dies nur auf die Bekämpfung von Wirtschaftskrisen („Konjunktur“) zurückzuführen wäre, muss danach gespart werden.

Der prinzipielle Defekt des Fiskalpakts besteht darin, dass er die systemischen Ursachen der Staatsverschuldung völlig vernachlässigt und den Staat zum Alleinschuldigen erklärt. Dieser Defekt wird nicht dadurch behoben, dass ergänzende Verordnungen eine 3-jährige Übergangsfrist vorsehen, innerhalb derer die Schuldenregel nicht strikt angewendet wird oder dass bestimmt wird: „Bei der Umsetzung des Schuldenquotenanpassungsrichtwerts (!) sollte der Einfluss der Konjunktur auf das Tempo des Schuldenabbaus berücksichtigt werden.“ Wie das gemacht wird, werden de facto die Ökonomen der EU-Kommission festlegen. Dabei ist Spielraum angesichts der vagen Formulierungen so groß, dass aus Rechtsanwendung *faktische Rechtssetzung* wird.

Noch nie seit Gründung der EU haben die Regierenden ein Regelwerk beschlossen, das folgende Merkmale gleichzeitig aufweist:

- Die Zielsetzung einer Eindämmung der Staatsverschuldung ist *richtig*.
- Die Methode des kollektiven Sparens bewirkt das *Gegenteil*, insbesondere wegen der Eindämmung der Wirtschaftsdynamik.
- Das Regelwerk basiert auf der monetaristisch-neoliberalen Theorie, deren politischen Hauptziele der *Abbau des Sozialstaats*, die *Regelbindung der Politik* und die *De-Regulierung der Finanzmärkte* sind.
- Die Politik möchte sich mit dem Regelwerk aus dem „Zinsdiktat“ der Märkte befreien indem sie sich ihnen unterwirft.
- Das Regelwerk als Garant für den Erhalt des europäischen Sozialmodells gefeiert.

Allerdings haben es die 25 Regierungschefs sehr gut gemeint. Nur haben ihnen die Mainstream-Ökonomen die Feinheiten der *Berechnung von Potentialoutput und strukturellem Defizit* eben so wenig erklärt wie die Interaktion gesamtwirtschaftlicher Finanzierungssalden und damit die Folgen kollektiver Sparpolitik für die europäische Wirtschaft. Auch dass die unbestimmten Rechtsbegriffe und vagen Formulierungen die Festlegung des fiskalpolitischen Handlungsspielraums de facto der EU-Kommission übertragen, dürfte den StaatenlenkerInnen entgangen sein.

Die für das Europäische Sozialmodell verheerende Wirkung des Fiskalpakts liegt weniger in der viel diskutierten Schuldenbremse nach deutschem Vorbild (= Defizitkriterium), sondern im Schuldenkriterium. Dieses ist bereits gültiges EU-Recht: Ohne öffentliche Diskussion haben Regierungschefs, EU-Parlament und EU-Kommission diese folgenschwere Regel im Herbst 2011 in einer Richtlinie verankert (Teil des „Sixpack“ zur Schärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts). Allerdings: Wenn die Parlamente den Pakt nicht ratifizieren, wäre der Unsinn de facto entsorgt.

### **Verlagerung der Budgethoheit zur EU-Kommission**

Dass die Budgethoheit mit dem Pakt zu einem großen Teil auf die Mainstream-Ökonomen der EU-Kommission überginge (andere gibt es dort nicht), ist Folge der Unbestimmtheit der so präzise klingenden Begriffe Potentialoutput, Outputlücke und

strukturelles Defizit. Je nach dem gewählten Schätzverfahren, kommt man zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. So produziert die griechische Wirtschaft laut OECD derzeit um 18,2% weniger als ihren Kapazitäten entspricht, sie hat daher bereits einen strukturellen Budgetüberschuss von 2,0%, für die EU-Kommission beträgt die Outputlücke hingegen nur 9,5% und das strukturelle Defizit daher 2,6%.

Die Fragwürdigkeit der Schätzung von Outputlücke und strukturellem Defizit wird am Beispiel von Spanien offenkundig. Dort finden 25% aller Arbeitssuchenden keinen Job. Dennoch schätzt die EU-Kommission die Outputlücke derzeit auf lediglich 4,1% (OECD: 6,1%). Nur in diesem Ausmaß könne man das BIP steigern ohne die Inflation zu beschleunigen. Angesichts der Tatsache, dass der überwältigende Teil der Arbeitslosen eine Ausbildung hat, ist eine solche Aussage grotesk. Daraus ergibt sich aber, dass der Großteil des spanischen Defizits „strukturell“ bedingt ist und daher auch in der Depression weiter gespart werden muss.

Die EU-Kommissionsökonominnen können eine solche Aussage nur vertreten, weil sie aus einem „hochwissenschaftlichen“ Konzept abgeleitet wird, jenem der „natürlichen Arbeitslosenquote“. Versucht die Politik, die Arbeitslosigkeit unter dieses Niveau zu drücken, würde die Inflation steigen. Daher wurde diese unvermeidliche Arbeitslosenquote später in NAIRU umbenannt („non-accelerating inflation rate of unemployment – klingt komplexer, jedenfalls aber weniger absurd als „natürliche Arbeitslosenquote“).

Das Konzept einer „natürlichen Arbeitslosenquote“ (NAIRU) ist - ebenso wie alle anderen, dem Fiskalpakt zugrunde liegenden Konzepte - vor langer Zeit in der Theoriewerkstatt von Milton Friedman in Chicago entwickelt worden, und zwar als Kernstück des Generalangriffs auf eine aktive, dem Ziel der Vollbeschäftigung verpflichtete Wirtschaftspolitik.

Und so wird mit dem NAIRU-Konzept operiert: In jedem Wirtschaftseinbruch, etwa ausgelöst von Finanz- oder Ölkrisen, steigt die Arbeitslosigkeit. Mainstream-Ökonomen schätzen danach die „natürliche Arbeitslosenquote“ höher ein. Damit erklären sie eine Rückkehr zum alten Beschäftigungsniveau durch wirtschaftspolitische Maßnahmen für unmöglich (das würde die Inflation erhöhen), vielmehr könne dies nur durch Lohnsenkung und Kürzung des Arbeitslosengeldes erreicht werden. Geschieht dies wie derzeit in Südeuropa, so steigt die Arbeitslosigkeit noch mehr an (nach der gleichen Logik wie in den 1930er Jahren).

### **Bekämpfung von Wirtschaftskrisen kaum mehr möglich**

Durch den Fiskalpakt wird generell eine Bekämpfung von Krisen durch expansive Maßnahmen nahezu unmöglich. Nur Länder, die sowohl strukturelle Überschüsse aufweisen als auch eine Schuldenquote von weniger als 60% dürfen solche Impulse setzen – von den Euroländern wären dies derzeit nur Finnland und Luxemburg. Das wird nicht reichen.

Befürworter des Pakts meinen, dieser sähe ja eine Ausnahme vor für den Fall „außergewöhnlicher Umstände“, insbesondere eines „schweren Konjunkturreinbruchs“ (im Vertragstext wird dies nur hinsichtlich der Defizitregel klar formuliert). Allerdings darf ein Staat *nur kurzfristig* vom Konsolidierungspfad laut EU-Kommission abweichen und dies überdies nur unter einer Bedingung: „die vorübergehende Abweichung gefährdet

*nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen*“. Das bestimmen wiederum die Ökonomen der EU-Kommission.

Und wie sie das machen werden, zeigen ihre Konsolidierungspläne für Griechenland, Portugal, Spanien und Italien. Trotz schwerer Wirtschaftskrise müssen diese Länder weiter sparen, von expansiven Maßnahmen keine Spur – und das, obwohl der Fiskalpakt noch gar nicht in Kraft ist.

Blenden wir zurück in den Herbst 2008 nach dem Kollaps der Lehman-Bank. Laut den Berechnungen der EU-Kommission zum damaligen Zeitpunkt hatten lediglich Holland und Finnland ein strukturelles Defizit von weniger als 0,5%. Wäre der Pakt schon damals in Kraft gewesen, so wären die Konjunkturpakete wenn überhaupt, dann *zu spät beschlossen* worden. Denn wegen der unterschiedlichen Regierungen hätten man zu streiten begonnen, ob es sich wirklich um einen „schweren Konjunkturreinbruch“ handelt und ob nicht Konjunkturpakete „die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ gefährden.....

Konkrete Beispiele: Selbst als die Auftragseingänge wegbrachen lehnte Kanzlerin Merkel Konjunkturpakete ab, erst im Jänner 2009 beschloss die deutsche Regierung Stabilisierungsmaßnahmen. Als sich die Lage für Griechenland in den ersten Monaten 2010 dramatisch verschlechterte verweigerte Merkel die nötige Hilfe, weil sie die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gewinnen wollte. Jetzt wird dort wieder gewählt und diesmal wird Spanien stammtischgefällig hängen gelassen.

Wäre der Fiskalpakt schon damals in Kraft gewesen, Merkel hätte Konjunktur- und Rettungsmaßnahmen noch mehr verzögern können. Denn ob „außergewöhnliche Umstände“ vorliegen, kann man immer erst im Nachhinein feststellen. *Ein „schwerer Konjunkturreinbruch“ wird überdies oft erst durch die zu zögerliche Haltung der Politik selbst verursacht.* Und die EU-Kommissionsökonominnen – auf Grund ihrer Grundhaltung Gegner einer aktiven Konjunkturpolitik – werden ihre Zeit brauchen zur gewissenhaften Prüfung aller Aspekte..... Dazu kommt die Unterschiedlichkeit in den wirtschaftspolitischen Positionen der EU-Regierungen und der dort vertretenen Parteien.

Fazit: Der Fiskalpakt wird eine energische Bekämpfung von Wirtschaftseinbrüchen in Europa verhindern, Konjunkturpolitik wird endgültig abgeschafft (auch dies war immer ein Hauptziel der Chicago-Ökonomen). Denn diese steht und fällt mit der Schnelligkeit, mit der Maßnahmen ergriffen werden. Dies erklärt, warum die drei Rezessionen seit 1990 in den USA schwächer ausfielen und rascher überwunden wurden als in der EU, obwohl alle drei Rezessionen von den USA ausgegangen waren.

### **Langsame Demontage des Europäischen Sozialmodells**

Generell verordnet der Fiskalpakt die langsame Strangulierung des Sozialstaats, und zwar nach der gleichen Logik wie die Anpassung der „natürlichen Arbeitslosenquote“. Und so wird's gemacht: In jedem Wirtschaftseinbruch, etwa ausgelöst von einer Finanzkrise, steigt das Budgetdefizit. Mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren wird der Potentialoutput dem Rückgang des (tatsächlichen) BIP angepasst, also niedriger eingeschätzt. Damit wird ein Teil des gestiegenen Defizits zu einem „strukturellen“ umdefiniert, das „Strukturmaßnahmen“ erfordert, insbesondere die

Kürzung von Sozialleistungen. Dies senkt die Kaufkraft der Schichten mit hoher Konsumneigung, die Krise vertieft sich.

Es braucht nur genügend häufig Finanzkrisen geben und der Sozialstaat wird in Etappen abgebaut. Nach der Teilprivatisierung der Altersvorsorge könnte besonders eine solche des Gesundheitswesens dem Finanzsektor neue Geschäftsfelder erschließen.

Befürworter des Pakts meinen, oft mit Pathos vorgetragen: Nur durch glaubwürdige Spardisziplin könne man das Vertrauen „der“ Märkte zurückgewinnen und sich so deren Zinsdiktat entziehen. Dies ist offensichtlich falsch kalkuliert: Nach jedem neuen Sparprogramm in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien sind die Zinsen *gestiegen* (gefallen sind sie lediglich im 1. Quartal als Folge der Liquiditätsspritze der EZB). Die Finanzakteure sind pragmatisch-profitorientiert und wissen: Eine Sparpolitik in einer Krise wird die Wirtschaft weiter schwächen und damit auch die Kreditwürdigkeit des entsprechenden Staates. Die Vorstellung, man könne sich durch striktes Sparen eine Zinssenkung erkaufen, entstammt der Theorie der Mainstream-Ökonomen („Die Welt als Wille und Vorstellung“), nicht der realen Welt.

Überdies hapert es mit der Logik: Das Buhlen um das Vertrauen der Märkte mit dem Ziel, sich durch niedrige Zinsen einen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum zu bewahren, bedeutet ja im Klartext „Wir müssen uns den Märkten unterwerfen, damit wir nicht von den Märkten dominiert werden“. Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Ein solcher Kurzschluss ist Folge der Mystifikation „des“ Marktes. Sie lässt die politischen Eliten vergessen, dass doch sie es sind, die den Primat über die Märkte ausüben sollten. Aufklärung als „Ausgang aus der selbstverschuldeten Marktreligiosität“ ist angesagt.

### **Wie die Konsolidierung der Staatsfinanzen gelingt und wie nicht**

Eine wirksame Budgetkonsolidierung muss in erster Linie das Schuldenmachen der Unternehmen zu fördern (ihre Finanzschuld ist ja durch den realen Wert der Investitionen gedeckt). Nur wenn diese ihr Defizit ausweiten, kann der Staat sein Defizit ohne Wachstumsverluste reduzieren. Genau dies war in der Prosperitätsphase der 1950er und 1960er Jahre der Fall: Bei festen Wechselkursen, unter der Wachstumsrate liegenden Zinssätzen und stabilen Rohstoffpreisen konnte sich das Profitstreben nur in der Realwirtschaft entfalten („Realkapitalismus“). Die Unternehmen weiteten ihre Investitionen stetig aus und „verwandelten“ so das Sparen der Haushalte (Überschüsse) durch Kreditaufnahme (Defizite) in Maschinen und Arbeitsplätze. Der Staat hatte daher einen mittelfristig ausgeglichenen Haushalt, seine Schuldenquote ging 25 Jahre lang zurück, gleichzeitig wurde der Sozialstaat ausgebaut.

Anfang der 1970er Jahre änderte sich die „Spielanordnung“, wissenschaftlich legitimiert durch die monetaristische (neoliberale) Theorie: Instabile Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse, über der Wachstumsrate liegende Zinssätze sowie Finanzinnovationen (Derivate) verlagerten das Gewinnstreben zu Finanzveranlagung und –spekulation („Finanzkapitalismus“). Die Unternehmen senkten ihre Investitionen, das Wachstum von Produktion und Steuereinnahmen sank, die Arbeitslosigkeit stieg, die Finanzlage der Staaten verschlechterte sich nachhaltig.

Ausgedrückt in den Finanzierungssalden: Der Unternehmenssektor erzielt nunmehr Überschüsse (er bildet Finanz- statt Realkapital), bei anhaltend hohen Überschüssen der Haushalte (Sparen) erleidet der Staat ein permanentes Defizit. Unter diesen Bedingungen können einzelne Staaten ihr Defizit nur durch steigende Überschüsse in der Leistungsbilanz senken. Kein Land war dabei so erfolgreich wie Deutschland. Dadurch wird allerdings das Problem in die Defizitländer „exportiert“, innerhalb des Euroraums also in die „Problemländer“ von Griechenland bis Frankreich.

Eine systemische Konsolidierungsstrategie müsste auch noch die intertemporale Stabilitätsbedingung berücksichtigen: Liegt das Zinsniveau über der (nominellen) Wachstumsrate, so darf ein Schuldnersektor nur weniger Kredite aufnehmen als er an Zinsen für bestehende Schulden zu zahlen hat (Primärüberschuss). Daher fordern die Mainstream-Ökonomen: Der Staat muss sparen und so einen Primärüberschuss erreichen.

Leider hat die Wissenschaft übersehen, dass diese Budgetbeschränkung auch für den Unternehmenssektor gilt, und dieser drehte vor 30 Jahren seine Primärbilanz in einen Überschuss. Da auch die Haushalte Primärüberschüsse erzielen (sie sparen mehr als ihre Zinserträge), kann dies nicht auch dem Staat gelingen. Fazit: Ein Zinsniveau unter der Wachstumsrate ist eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Konsolidierung der Staatsfinanzen.

### **Die ideologischen Grundlagen des Fiskalpakts**

Alle diese systemischen Zusammenhänge wurden von den Konstrukteuren des Fiskalpakts ignoriert. Denn sie orientierten sich an jener Theorie, welche vor mehr als 40 Jahren zur Bekämpfung des Keynesianismus restauriert worden war (der Keynesianismus hatte zwar Vollbeschäftigung und Sozialstaatlichkeit möglich gemacht, aber gerade deshalb die gesellschaftliche Position der Vermögenden bedroht): der Neoliberalismus „made in Chicago“. Um seine politische Stoßrichtung gegen Vollbeschäftigungspolitik, Sozialstaat und Gewerkschaften wissenschaftlich zu legitimieren, wurde das Modell einer „natürlichen Arbeitslosenquote“ konstruiert sowie das Konzept einer „regelgebundenen Wirtschaftspolitik“ entwickelt.

Gleichzeitig sollten alle Märkte „ent-fesselt“ werden, insbesondere die bis in die 1970er Jahre stark regulierten Finanzmärkte. Mit der Aufgabe fester Wechselkurse und niedriger, unter der Wachstumsrate stabilisierter Zinssätze sowie durch die Schaffung der Finanzderivate wurde das Gewinnstreben von der Real- zur Finanzwirtschaft verlagert. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen, und das legitimierte wiederum das Ziel, den Sozialstaat durch Sparpolitik und die Gewerkschaften durch „Arbeitsmarktreformen“ zu schwächen.

Ende der 1980er Jahre verwarfen die USA das monetaristisch-neoliberale Konzept einer regelgebundenen Wirtschaftspolitik los und praktizieren seither eine antizyklische Geld- und Fiskalpolitik. Die EU übernahm hingegen mit den Maastricht-Kriterien, dem (späteren) Statut der EZB die Selbstbindung durch feste Regeln. Sparpolitik, insbesondere die Schwächung der Systeme der sozialen Sicherheit, und die Arbeitsmarktreformen samt Schaffung einer immer größeren Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse trugen dazu bei, dass sich die Wirtschaft in der EU seit 1990 (erstmalig in der Nachkriegszeit) merklich schlechter entwickelte als in den USA.

Mit dem Fiskalpakt soll nun die EU jene Konzepte „auf ewig“ rechtsverbindlich gemacht werden, welche von neoliberalen Ökonomen in den USA zwecks Schwächung von Sozialstaat und Gewerkschaften ausgedacht worden waren. Während in Europa Ökonomen und Politiker die neoliberale Navigationskarte „made in Chicago“ übernehmen, welche das Europäische Sozialmodell unterminiert, frönen Ökonomen und Politiker in den USA einem (Primitiv)Keynesianismus und beschwören die Europäer: Hört auf mit der (noch primitiveren) Sparpolitik!

Eine wesentliche Ursache für diese Farce liegt in der Sonderentwicklung der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland. In keinem anderen Industrieland hat die neoliberale Weltanschauung eine solche Dominanz an den Universitäten erlangt, und das schon seit den 1970er Jahren. Als Langzeitfolge wurde mehr als eine Generation von Ökonomen „marktreliös“ ausgebildet und dominieren daher die Wirtschaftsforschungsinstitute, die öffentliche Verwaltung und die Medien.

Während etwa an US-Universitäten eine Vielfalt an ökonomischen Sicht- und Denkweisen vertreten sind, gehören über 90% der deutschen Professorat der neoklassisch-neoliberalen Schule an. Sie haben sich zu einem „Plenum der Ökonomen“ zusammengeschlossen als eine „elektronische Vollversammlung aller Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre“. Via Internet stimmt das „Plenum“ über Grundfragen zu „volkswirtschaftlichen Ausnahmesituationen“ ab. Dabei ergeben sich immer überwältigende Mehrheiten.

Zu einem europäischen Problem wurde der Dogmatismus deutscher Ökonomen erst in den letzten 20 Jahren. Denn mit der Zunahme der ökonomischen und politischen Macht Deutschlands nahm auch der Einfluss ihrer Ökonomen zu. In den ersten 15 Jahren nach der Wiedervereinigung war die deutsche Wirtschaft zunächst „Nachzügler“ in Europa. Die Binnennachfrage schwächelte, der Export wurde immer mehr zum Wachstumsmotor. Um ihn zu stärken blieb die Lohnpolitik restriktiv. Dies wurde nach Einführung des Euro beibehalten, in den übrigen Euroländern stiegen die Löhne hingegen entsprechend der Arbeitsproduktivität. In einer Währungsunion mussten beide (Fehl)Verhaltensweisen zu einem markanten Rückgang der relativen Produktionskosten in Deutschland führen. Zusätzlich hatte das „Exportweltmeistertum“ Deutschlands auch den technischen Fortschritt gefördert und damit die Qualität seiner Produkte.

Nach der Finanzkrise konnte Deutschland die Früchte seiner Strategie ernten, nicht zuletzt als Folge der anhaltenden Expansion der Schwellenländer, insbesondere von China. In der Eurokrise spielten deutsche Politiker und indirekt ihre Ökonomen erstmals ihre Macht aus. Wichtigste Folge neben der vertieften Spaltung Europas: der Fiskalpakt.

### **Die makroökonomischen Folgen des Fiskalpakts – eine Modellsimulation**

Die neoliberale Politik hat schon bisher die Unternehmen gegenüber den Finanzakrobaten benachteiligt, insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe, da sie – im Gegensatz zu Konzernen – nicht so leicht auf Finanzinvestitionen umsteigen können. Die Kollektivierung der Sparpolitik in 25 EU-Staaten durch den Fiskalpakt wird Umsätze und Einkommen der Unternehmen senken, die Sparpolitik in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien zeigen, wie das geht.

Die Unternehmer werden einen hohen Preis dafür zu zahlen haben, dass ihre Vertreter vor 40 Jahren begannen, den Neoliberalismus als ihre Ideologie zu adoptieren.

Disziplinierung der Gewerkschaften und Rückbau des überbordenden Sozialstaats – wie verlockend klang dies in der misslichen politischen Lage der 1970er Jahre! Dabei haben die Unternehmervertreter übersehen, dass der *Neoliberalismus immer die Ideologie im Interesse des Finanzkapitals war und nicht des Realkapitals*, klar erkennbar an seinen Hauptzielen: Deregulierung der Finanzmärkte, Vorrang für den Geldwert, stabile Staatsfinanzen. Echte Unternehmer wünschen sich auch eine moderne Infrastruktur, ein gutes Bildungswesen, soziale Sicherheit für sich und ihre Beschäftigten, etc. – Finanzakrobaten brauchen das alles nicht.

Wie sehr die Unternehmen und damit alle Erwerbstätigen durch den Fiskalpakt Schaden nehmen werden, zeigt eine Simulationsrechnung mit dem Oxfordmodell (eines der renommiertesten ökonomischen Weltmodelle). Dabei wird angenommen, dass die Konsolidierungsmaßnahmen zu 70% durch Kürzung der Staatsausgaben erfolgen und zu 30% durch Steuererhöhungen. Sie werden ab Mitte 2012 umgesetzt.<sup>1)</sup>

Insgesamt würde das BIP im Euroraum *zwei Jahre lang schrumpfen* (besonders stark sinken die Brutto-Investitionen), die Arbeitslosenquote stiege von 10% auf fast 12% im Jahr 2014, ab 2015 sinken die Verbraucherpreise (Übersicht 1). Besonders stark würde eine Austeritätspolitik die Entwicklung in jenen südeuropäischen Euroländern beeinträchtigen: In Italien und Portugal würde das BIP im Durchschnitt bis 2016 schrumpfen und in Spanien stagnieren. *Der EU-Fiskalpakt wird demnach die Kluft innerhalb des Euroraums vertiefen*. Eine der Hauptursachen der Eurokrise wird so nicht überwunden, sondern verschärft.

Diese Konsequenz des Fiskalpakts wird durch den Vergleich mit einer Alternativstrategie besonders deutlich:<sup>2)</sup> Gelänge es, durch Einführung von Eurobonds das Niveau der langfristigen Zinsen bei 2% zu stabilisieren (wie in den USA und in Großbritannien), so ergäbe sich in allen Euroländern, aber auch in der EU insgesamt und damit auch in der Weltwirtschaft eine viel bessere Entwicklung: Die Produktion würde sich schon 2013 merklich erholen, und zwar auch in Südeuropa. Die Inflationsrate bliebe bei 2% stabil, die Arbeitslosenquote würde im Euroraum auf etwa 9% sinken (Übersicht 1).

Obwohl das Oxford-Modell im Fall des Fiskalpakt-Szenarios eine markante Verringerung des Budgetdefizits prognostiziert (ab 2014 werden sogar Überschüsse ausgewiesen), sinkt die Staatsschuldenquote so geringfügig, dass sie 2016 noch immer deutlich über dem Wert von 2011 liegt. Überdies wäre sie 2016 etwas *höher* als im Alternativszenario einer Zinsstabilisierung durch Eurobonds. Drei Faktoren sind für dieses Schuldenparadox maßgeblich: Die wachstumsdämpfenden Effekte einer gleichzeitigen Sparpolitik in fast allen EU-Ländern, die damit verbundenen deflationären Tendenzen und das permanent über der (nominellen) Wachstumsrate liegende Niveau der langfristigen Zinsen.

---

<sup>1)</sup> Ein detaillierte Darstellung von Annahmen und Ergebnissen der Modellsimulation findet sich in IMK (Düsseldorf), OFCE (Paris) und WIFO (Wien): Fiskalpakt belastet Euroraum - Gemeinsame Diagnose des Makro-Konsortiums. Download: [http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S\\_2012\\_D\\_EUTSCHLAND\\_PROGNOSE\\_44153\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2012_D_EUTSCHLAND_PROGNOSE_44153$.PDF)

<sup>2)</sup> Siehe dazu: Stephan Schulmeister, The European Monetary Fund, WIFO Working Paper 414/2011. Download: [http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=WP\\_2011\\_414\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=WP_2011_414$.PDF)

## Schlussbemerkung

Es ist Aufgabe jedes politisch engagierten Bürgers, selbst zu prüfen, ob der Fiskalpakt die wirtschaftliche und soziale Lage in der EU verbessern oder verschlechtern wird. Dazu ist es nützlich, seine Folgen unter den Bedingungen unterschiedlicher Szenarien abzuschätzen:

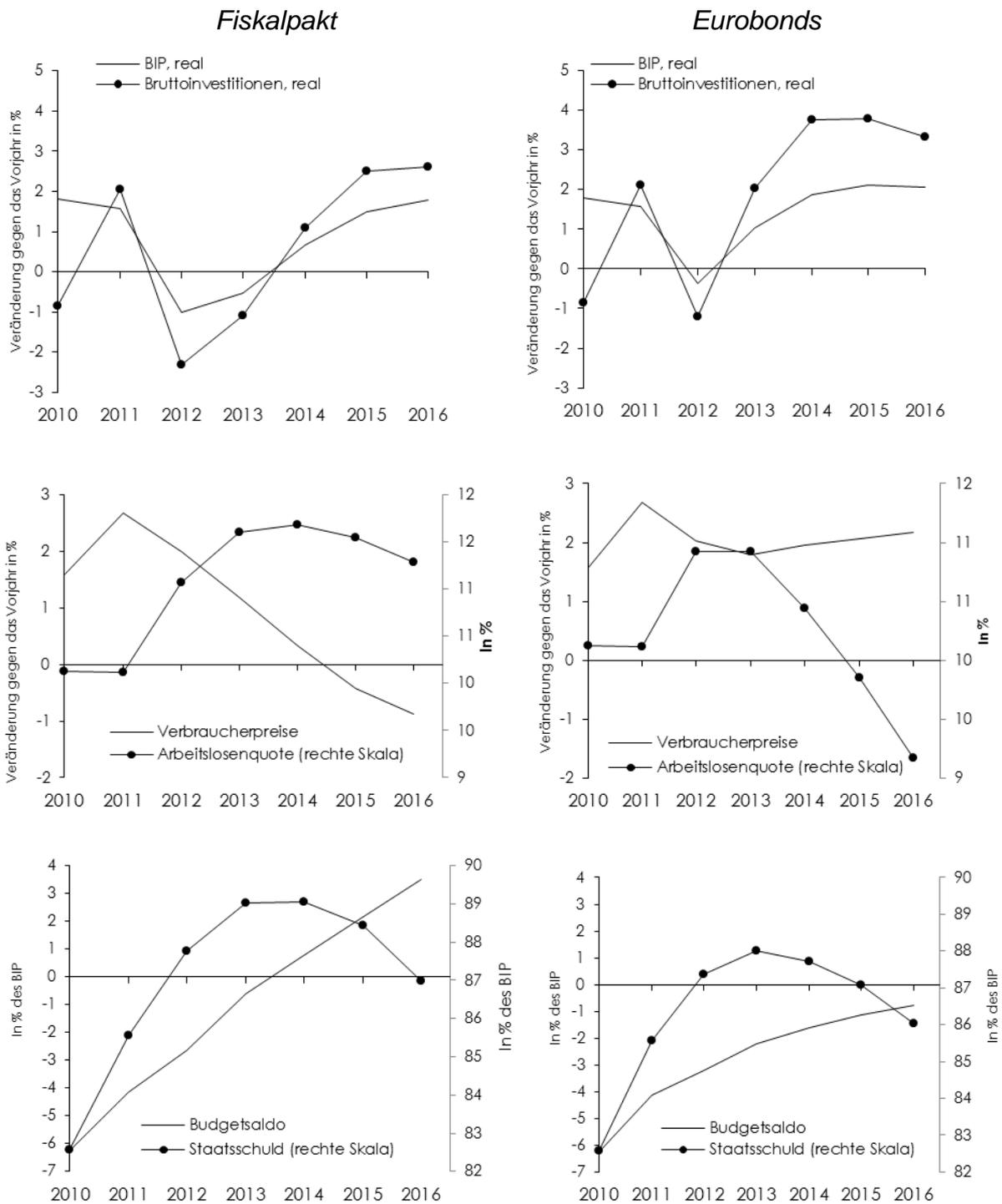
- Nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen (Bundestagswahl 2013) schärft Merkel ihr Stabilitätsprofil (keine Unterstützung für Spanien und Italien). Innerhalb der EZB vertieft sich die Kluft zwischen deutschen „Hardlinern“ und der Mehrheit der Gouverneure. Gleichzeitig vertieft sich die Rezession in Spanien und Italien, die Anleihezinsen steigen.
- Der Konflikt zwischen dem Iran und den „Westmächten“ samt Israel verschärft sich, ein nicht restlos erfolgreicher Militärschlag lässt den Ölpreis auf 200 Dollar steigen, die Weltwirtschaft bricht ein.
- Ein neuerlicher (ganz „normaler“) Bärenmarkt auf den Börsen lässt die Aktienkurse weltweit wieder um 50% sinken, die massive Entwertung des Vermögens von Haushalten, Unternehmen und Pensionsfonds führt unspektakulär langsam in eine Rezession, die Arbeitslosigkeit steigt merklich an, ebenso die Budgetdefizite.

Und jetzt möge man die plausiblen Kettenreaktionen durchspielen, die sich bei Gültigkeit des Fiskalpakts und üblichen Verhaltensmustern ergeben (parteilich-politischer Profilierungsdrang, fernsehtaugliche Trivialisierung der Botschaften, Vorrang für das nationale Interesse, etc.). Dabei müssen die jüngsten Ankündigungen von europäischen SpitzenpolitikerInnen wie Draghi oder Merkel relativiert werden: Wenn sie von einem „Wachstumspakt“ als eine Ergänzung zum Fiskalpakt sprechen, so meinen sie nicht mehr Ausgaben für Bildung, Soziales und Umwelt, sondern sie meinen explizit „Wachstum durch Strukturreformen“ wie die De-Regulierung der Arbeitsmärkte, Senkung des Arbeitslosengelds (die „Anreize zur Arbeitslosigkeit“), Abbau des öffentlichen Dienst, etc. In der jetzigen Wirtschaftslage ist dies nach der Umsetzung des Fiskalpakts das Zweitdümmste, was man tun kann. Es zerstört die Restbestände von Vertrauen in das System Politik.

Dieses Gedankenexperiment mögen besonders die Abgeordneten in den Parlamenten der EU-Länder machen. Denn die Ratifizierung oder Nicht-Ratifizierung des Fiskalpakts wird die Richtung des Wegs der europäischen Gesellschaften bestimmen.

Wenn ein Fundamentalfehler gemacht wird, weil Politiker von den Mainstream-Ökonomen nicht hinreichend informiert wurden und selbst nicht die Zeit und Kraft hatten, die Schätzverfahren von Potentialoutput und strukturellem Defizit nachzuvollziehen, dann ist es besser, den Fehler einzugestehen und die verantwortlichen „Experten“ zur Rechenschaft zu ziehen, als den Irrtum von den „eigenen“ Parlamentariern ratifizieren zu lassen.

# Übersicht 1: Gesamtwirtschaftliche Performance im Euroraum; Fiskalpakt versus Eurobonds



Quelle: Simulationen mit dem Weltmodell von Oxford Economics.